



Wachstum und Entwicklung

Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verantwortung zum Wohl der Menschen

} Politikkohärenz für Entwicklung

Eine Neuausrichtung wirtschaftlicher Entwicklung zugunsten einer Armuts- und Nachhaltigkeitsorientierung muss die Auswirkungen der EU Klima-, Landwirtschafts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik adressieren.

} Bottom-up Change

Förderung menschlicher Entwicklung einschließlich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit durch die Unterstützung und Stärkung kleiner Betriebe, armer Zielgruppen sowie von Frauen.

Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission
“EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung. Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung”

Februar 2011



Antworten auf die Zeichen der Zeit

Die Debatte über die zukünftige Entwicklungspolitik der EU kommt rechtzeitig. In der EU werden eine Reihe wichtiger Politiken in Vorbereitung des neuen ab 2014 gültigen mehrjährigen Finanzrahmens überarbeitet. Gleichzeitig bietet die Neugestaltung der EU-Außenbeziehungen, einschließlich des neuen Auswärtigen Dienstes, neue Möglichkeiten zur Erfüllung des im Lissabon-Vertrag der EU festgeschriebenen Ziels der Beseitigung der Armut.

Global gesehen befinden wir uns in einem neuen Jahrzehnt mit neuen Dynamiken. Die Finanz-, Klima- und Ernährungskrisen stellen die Nachhaltigkeit der vorherrschenden Wirtschaftsmodelle ernsthaft in Frage und verdeutlichen wie sehr sich das Kräfteverhältnis unter den Staaten und Weltregionen mehr und mehr angleicht.

Im Rahmen des CIDSE Netzwerks wurden wichtige Schritte unternommen, um sich diesen neuen Entwicklungen und Herausforderungen zu stellen. Dazu gehört unter anderen das Projekt Leading Edge 2020 des irischen CIDSE-Mitglieds Trócaire. Mit Unterstützung des britischen Institute for Development Studies wurden umfangreiche Forschungsarbeiten über globale Entwicklungstrends der nächsten zehn Jahren durchgeführt. In einem weiteren wegweisenden Projekt hat CAFOD, das CIDSE-Mitglied aus England & Wales, Forschungsarbeiten über die Standpunkte südlicher Zivilgesellschaften bezüglich eines globalen Entwicklungsrahmens nach 2015 begonnen. Dabei stehen zwei Herausforderungen im Mittelpunkt: Einmal die Erreichung der Millennium Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015, und dann die Frage: „Was kommt danach?“. CIDSE beteiligt sich deshalb aktiv am Aufbau der „Beyond 2015“ Koalition, die sich mit den Anforderungen an einen neuen Entwicklungsrahmen und den Weg dahin befasst. Die Berücksichtigung dieser Herausforderungen und Trends sind entscheidend für eine erfolgreiche Revision der EU-Entwicklungspolitik.

} Politik und Wirtschaft müssen dem Gemeinwohl dienen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand, Macht und Ressourcen anstreben und im Entscheidungsprozess diejenigen, die von diesen politischen Entscheidungen betroffen sind, ein Mitspracherecht einräumen.

Welches Wachstum, welche Entwicklung?

CIDSE-Mitglieder wie z.B. CAFOD, Center of Concern (US), CCFD-Terre Solidaire (Frankreich) und Misereor (Deutschland) haben bereits alternative Konzepte erarbeitet, die man als Wege zu einer „neuen globalen nachhaltigen Wirtschaft („Green Economy“) zum Wohl der Menschheit bezeichnet kann“. Der Bedarf an neuen Wohlstandskonzepten und Wirtschaftsmodellen steht auch im Mittelpunkt der Bemühungen, neue Indikatoren für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Fortschritt zu definieren (Alternativen zum BIP), wie z.B. im Rahmen der von Präsident Sarkozy einberufenen „Stiglitz-Kommission“ und anderen vergleichbaren Initiativen im Vereinigten Königreich, in Deutschland und Italien.

CIDSE befürwortet eine Verlagerung, weg von Modellen, bei denen ein materialistischer Lebensstil und ressourcen- und CO₂-intensiver Konsum im Mittelpunkt stehen mit extremen Gewinnen und Ungleichheiten, hin zu Modellen, die sich am Wohl der Menschen ausrichten, aufbauend auf einem bescheidenen Lebensstil in der Gemeinschaft, mit Betonung auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verantwortlichkeit. Diese Verlagerung erfordert eine Änderung der Anreizsysteme, z.B. in Form der Besteuerung wirtschaftlicher und finanzieller

Aktivitäten mit schädlichen Auswirkungen (Finanzspekulation, CO₂-Emissionen), aber auch die faire Besteuerung aller Profite, um eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe an Gewinnen zu ermöglichen. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend sollten Politik und Wirtschaft dem Gemeinwohl dienen und eine gerechte Verteilung von Reichtum, Macht und Ressourcen sowie das Mitspracherecht derjenigen im Entscheidungsprozess anstreben, die von diesen politischen Entscheidungen betroffen sind. Die Grundlagen dieser Vorstellungen der CIDSE basieren auf moralischen Werten, die sich im wesentlichen aus der Katholischen Soziallehre ableiten. Im Mittelpunkt unserer Prinzipien stehen vor allem der Einsatz für die Armen, Bemühungen um das Gemeinwohl, der Erhalt der Schöpfung für zukünftige Generationen sowie ein höherer Stellenwert der Gemeinschaft und Familie im Vergleich zu individuellen Interessen. Durch unsere Zusammenarbeit und Partnerschaft mit einer Vielzahl lokal verwurzelter Organisationen der Zivilgesellschaft in nahezu allen Entwicklungsländern, streben wir die Erfüllung der Menschenrechte einschließlich der Grundbedürfnisse, soziale und geschlechtsspezifische Gerechtigkeit, sowie die aktive Beteiligung der Menschen an der Entwicklung ihrer Gesellschaften an.



Welche Rolle spielt die Entwicklungspolitik der EU?

In der Entwicklungspolitik geht es um Menschen. Dies bedeutet, dass die Entwicklungspolitik der EU darauf abzielen sollte, ihre Wirkung unmittelbar bei den Ärmsten zu entfalten. Wirtschaftliche Entwicklung und die Gelegenheit wirtschaftlicher Aktivität sind auch für arme Bevölkerungsgruppen von großer Bedeutung. Dennoch ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beseitigung der Armut sehr unsicher. Forschungsarbeiten haben gezeigt, dass zu den Erfolgsfaktoren eine faire Verteilung von Einkommen und Wohlstand während des Wachstumsprozesses gehören. Es bestehen ebenfalls Modelle mit niedrigem Wachstum, die nachweislich zu Wohlstand und Entwicklung führen können.

Eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sollte nicht an erster Stelle den europäischen Akteuren oder den Eliten im Süden nutzen, sondern nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten und einen würdigen Lebensunterhalt für die Ärmsten, und insbesondere für Frauen, erwirken. Darüber hinaus müssen wirtschaftliche Ziele stets um die Förderung anderer wichtiger Komponenten des Wohlbefindens einschließlich Gesundheit, Bildung und Erziehung, sowie um Familienförderung ergänzt werden.

Die EU kann die Wirkung ihrer Beiträge zu weltweiter Entwicklung auf zweierlei Weisen besonders erhöhen:

1. Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung

Andere EU – Politiken können die gleiche, wenn nicht noch größere Auswirkungen auf Entwicklung und Armutsbekämpfung haben als EU-Programme zur Entwicklungszusammenarbeit. Die Unternehmens-, Steuer- und Finanzpolitik der EU z.B. kann die Höhe illegaler Finanzabflüsse aus den Entwicklungsländern, beeinflussen, die um vieles höher sind als die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Fähigkeit der Entwicklungspolitik, einen Beitrag zu einer Wirtschaftsentwicklung zugunsten der Armen zu leisten, erfordert eine entsprechende Ausrichtung weiterer Politikfelder wie Klima, Landwirtschaft, Finanzen sowie der Beziehungen

zur Privatwirtschaft. Im EU-Ziel der “Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung” muss der Schwerpunkt auf “für Entwicklung” liegen. Ansonsten laufen Ansätze zur Förderung von Wachstum und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikbereichen Gefahr, vor allem den Wirtschaftsinteressen der EU, z.B. in Bezug auf Zugang zu natürlichen Ressourcen, Marktanteile, Investitionsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für EU-Unternehmen zu dienen.

Nehmen wir das Beispiel Erneuerbare Energien: EU-Ziele in diesem Bereich können die Form einer Zusammenarbeit mit EU-Unternehmen zur Produktion von und Versorgung mit Bio-Treibstoffen annehmen. In einem solchen Fall wäre es zunächst erforderlich, auch die Auswirkungen anderer aktueller EU-Politiken zu berücksichtigen, wie den klimapolitischen Zielsetzungen der EU im Bereich Biotreibstoffe. Aus entwicklungspolitischer Perspektive erfordert „Politikkohärenz für Entwicklung“ in diesem Fall die Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Bodennutzung und die Nahrungsmittelsicherheit, auf Investitionspolitiken im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Aneignung von Land“(land grabbing”) durch Privatunternehmen, sowie Anforderungen für die Berichterstattung über die soziale und ökologische Nachhaltigkeit von Projekten der Unternehmen.

Abgesehen von der Tatsache, dass Politikkohärenz eine Verpflichtung für die EU darstellt, gibt es weitere gute Gründe warum sie eine der Hauptprioritäten der Entwicklungspolitik der EU darstellen sollte:

Besteht ein deutlicher “EU-Wertzuwachs”

Vielleicht ist die EU sogar die einzige Ebene, auf der diese Arbeit effektiv sein kann. Wichtige Politiken, einschließlich Landwirtschaft und Handel, Klima und Finanzen fallen entweder unter die ausschließliche Zuständigkeit der EU oder werden zunehmend auf der EU-Ebene behandelt und beschlossen.

Bietet der neue Rahmen für die Außenbeziehungen der EU neue Möglichkeiten

Eine der Zielsetzungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) besteht darin, alte politische Elfenbeintürme aufzubrechen und einen stärkeren, kohärenteren EU-Ansatz zu erarbeiten.

Der institutionelle Übergang mit EAD und der neuen Generaldirektion der Kommission GD Entwicklung und Zusammenarbeit (DEVCO) bietet eine einzigartige Gelegenheit, Humankapazitäten umzuorganisieren und dadurch sowohl das Brüsseler Fachwissen über andere Politiken zu stärken, als auch Analysen auf Länderebenen über aktuelle oder potentielle Auswirkungen dieser Politiken zu verbessern.

Zu den Schlüsselfaktoren für einen erfolgreichen Ansatz gehören politischer Einfluss, Menschen, finanzielle Mittel und transparente Entscheidungsprozesse. So wie andere

}] Klima: Eine Erhöhung der Verpflichtungen der EU zur Senkung der Emissionen von 20 auf 30% bis 2020, im Vergleich zu den mehr als 40%, die bis 2020 erforderlich sind, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden.

}] Landwirtschaft/Nahrungsmittelsicherheit : Nationale und internationale Regeln zum Thema „Landerwerb“, um dem „land grabbing“ (der widerrechtlichen Aneignung von Boden) Einhalt zu gebieten und die Landrechte der Schwächsten sicher zu stellen.

}] Privatwirtschaft: Obligatorische Berichterstattung der Europäischen Unternehmen über Auswirkungen in den Bereichen Soziales, Umwelt und Menschenrechte, aber auch eine Verbesserung von Buchhaltungstechniken,

2. Bottom-up-Change

Wenn man auf Entwicklungspolitiken mit großer Wirkung abzielt, ist nicht nur eine Vision für die Entwicklung erforderlich, die wir wollen, sondern auch dafür, wie wir den Wandel effektiv herbeiführen können. Diese Frage stellt sich Regierungsorganisationen und NGOs gleichermaßen. Seit 2007 hat CIDSE sich daran

Generaldirektionen Referate zu entwicklungs-politischen Themen haben, benötigt die GD DEVCO mehr gezielte Möglichkeiten, auch andere politische Bereiche abzudecken. Häufig ist politische Inkohärenz das Ergebnis ungleich verteilter Kräfte, wobei die privatwirtschaftlichen Interessen der EU gewichtiger werden als das umfassende Interesse des Gemeinwohls.

Aber innerhalb des EU-Haushalts sind die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit sehr wichtig. Also geht es, insbesondere bei der Erforschung und Analyse politischer Einflussnahme, auch darum, wie Ressourcen und Einfluss in anderen politischen Debatten optimal genutzt werden können.

Eine wachsende Befähigung der Entwicklungspolitik der EU, Einfluss auf die folgenden vorrangigen Themen auszuüben, käme der Entwicklung sehr zugute:

um Probleme zu beenden, die sich aus dem „Transfer Pricing“ ergeben, und mehr Transparenz durch eine Berichterstattung pro Land.

}] Finanzen: Die Regulierung der Finanzmärkte verbessern und sicherstellen, dass der Finanzsektor, als größter Gewinner der Globalisierung, seinen fairen Anteil an globalen öffentlichen Gütern, einschließlich einer finanziellen Transaktionssteuer zur Finanzierung von Klimaanpassungsstrategien und Klimaschutz sowie zur Beseitigung der Armut leistet.

}] Global governance: Eine gemeinsame EU-Vertretung in weltweiten Foren wie z.B. im Internationalen Währungsfonds, bei der Weltbank und beim G20, um für Vertreter des Südens Raum zu schaffen.

beteiligt, unsere Entwicklungseffizienz zu definieren und zu verbessern. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist Bestandteil der menschlichen Entwicklung, die von den CIDSE-Mitgliedern und unseren Partnern gefördert wird; sie baut auf den Sachzwängen der sozialen Gerechtigkeit auf, so wie sie oben dargestellt wurden. Solche Änderungen erfordern von uns nicht nur die Bekämpfung der Symptome,



sondern auch der Ursachen der Armut – die in der strukturellen Ungerechtigkeit und dem historischen Ungleichgewicht der Kräfte zwischen dem Norden und dem Süden verwurzelt sind. Die CIDSE-Mitglieder arbeiten daran, einen Prozess des “Wandels durch die Zivilgesellschaft” herbeizuführen, d.h. eine durch die aktive Arbeit von Bürgern eingeleitete Änderung der Art und Weise, wie die Gesellschaft organisiert ist. Dabei bestehen drei unterschwellige Konfliktfelder: Änderungen sind erforderlich in den Machtbeziehungen; die Organisationen der Zivilgesellschaft sind die Hauptakteure im Prozess des Wandels; und eine „Allianz des Wandels“ ist erforderlich, um diese Änderungen der Machtbeziehungen herbeizuführen (wobei die Organisationen der Zivilgesellschaft sich mit den Regierungen, der Privatwirtschaft, den Kirchen und anderen Institutionen zusammenschließen).

Für die CIDSE-Mitglieder ist der gesellschaftliche Wandel ein Wandel der materiellen sowie der immateriellen Lebensbedingungen, die so wahrgenommen werden, dass Menschen Mitspracherecht in ihrem eigenen Leben haben, dass sie frei Entscheidungen treffen können, dass sie gleichberechtigt und mit Respekt behandelt werden. In diesem Zusammenhang sind Konsultation und Partizipation die Vorbedingungen für die Entwicklung, insbesondere im Fall großer wirtschaftlicher

Projekte, wie zum Beispiel in Förderindustrien und bei Infrastrukturprojekten.

Aufgrund ihrer relative hohen Finanzierungsmöglichkeiten und der dadurch wahrgenommenen Wertzuwächse, in Verbindung mit relativ niedrigen Einsätzen von Menschen, um diese Ressourcen zu bewirtschaften, besteht bei der EU die Versuchung, große (Export- / Infrastruktur-) Projekte zu fördern. Aber dies ist nicht unbedingt die beste Strategie, größere Bevölkerungsgruppen, Arme und marginalisierte Gemeinschaften teilhaben zu lassen: Der Bau von Straßen im ländlichen Raum, damit Landwirte Zugang zu den lokalen Märkten erhalten, ist gleichermaßen Bestandteil einer wirtschaftlichen Entwicklungsagenda zugunsten der Armen. Darüber hinaus bekämpft eine Fokussierung auf große Infrastrukturinvestitionen, die vielleicht deshalb interessant sind, weil sie sichtbare Ergebnisse oder “Werte für Geld” bieten, nicht unbedingt die Ursachen der Armut, d.h. Ungleichgewicht und Machtstrukturen.

Zwei Hauptkomponenten für einen breitenwirksamen, grundlegenden Wandel sind: Abzielen auf kleine Akteure, Frauen und Arme; ihre Stärkung (Empowerment / Emanzipation) als einen Basisansatz einbeziehen. Dies wiederum erfordert, dass man sich auf die folgenden Prioritäten konzentriert:

}] Klima: Klimafonds sollten sich dazu verpflichten, den Anforderungen der sozialen und Umwelt-Sorgfaltspflicht zu entsprechen, um den Schutz verwundbarer Gemeinschaften und der lokalen Umwelt zu gewährleisten, (z.B. durch die ernsthafte und effektive Konsultation betroffener Gemeinschaften).

}] Landwirtschaft / Nahrungsmittelsicherheit: Fokussierung auf die Integration von Kleinbauern und Frauen in die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette und in die Märkte, einschließlich des gesicherten Zugangs zu Produktionsmitteln (Boden, Wasser, erschwingliche Betriebsmittel, Arbeitskräfte, Finanzdienstleistungen und Kredite) sowie zu Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten. Förderung der Selbstorganisation der Kleinbauern und Stärkung ihrer Verhandlungskraft gegenüber anderen Akteuren.

}] Privatwirtschaft: Fokussierung auf Kleinbetriebe sowie solche die von Frauen betrieben werden, auf die Schaffung von Lebensunterhalt, auf lokale Märkte (Zugang zu Krediten, Finanz- und Personal-Management, Fortbildung, Infrastruktur, Fähigkeit zur Selbstorganisation und für seine Interessen einzutreten).

}] Governance: Stärkung der Befähigung der Regierungen des Südens, Investitionen zu überwachen (Institutionen, die sozialen und wirtschaftlichen Schutz gewähren, Arbeitsgerichte, technisches Fachwissen zur Überwachung der Einhaltung von gesetzlichen Verpflichtungen), sowie der Zivilgesellschaft durch ausreichend politischen Spielraum der es z.B. ermöglicht die Kriminalisierung von sozialem Protest anzuprangern.

] Finanzen: Mehr Transparenz hinsichtlich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben; die Bürger befähigen, Rechenschaft und Verantwortlichkeit einzufordern.

Schlussfolgerungen

Entwicklungspolitik kann niemals zur Triebkraft von Wachstum werden. Aber Entwicklungspolitik kann eine wichtige Rolle dabei spielen, die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Armen nachhaltiger zu gestalten, sie kann Ungleichgewichte und Auswirkungen anderer politischer Bereiche thematisieren, sie kann in Menschen investieren, um sie zu befähigen, Akteure zu werden, fähig ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Referenzen

1. *'100 Voices: Southern perspectives on what should come after the Millennium Development Goals'*, CAFOD, Februar 2011.
2. *'Wholly Living: A new perspective on international development'*, CAFOD, Oktober 2010.
3. *'Seeing the World Anew'*, Center of Concern, Mai 2010.
4. *'Everybody's Business'*, CAFOD, November 2010

Ansprechpartner: Denise Auclair (auclair@cidse.org)
Rue Stévin 16, 1000 Brussels, Belgium – Tel: +32 2 233 37 58 – Fax: +32 2 230 77 22, www.cidse.org.

Veröffentlicht von CIDSE, Rue Stévin 16, B-1000 Brüssel, Belgien, im Februar 2011
Titelfoto © Mayumi Terao

Diese Broschüre ist erhältlich unter www.cidse.org/publications auf Deutsch, English und Französisch.

CIDSE Mitglieder



Österreich



Belgien



Belgien



Kanada



England und Wales



Frankreich



Deutschland



Irland



Italien



Luxemburg



Die Niederlande



Portugal



Schottland



Spanien



Schweiz



Vereinigte Staaten

CIDSE ist ein internationales Bündnis katholischer Entwicklungsagenturen. Seine Mitglieder verfolgen bei ihren Anstrengungen, die Armut zu beseitigen und weltweit Gerechtigkeit herzustellen, eine gemeinsame Strategie. CIDSEs Anwaltschaftsarbeit erstreckt sich auf Weltordnungspolitik, Entwicklungsressourcen, Klimagerechtigkeit, Ernährung, Landwirtschaft und nachhaltigen Handel, Privatwirtschaft und Menschenrechte.